60 JAHRE NATO SIND GENUG

GEGEN KAPITALISTISCHE KRIEGSPOLITIK!
KLASSENKAMPF GLOBALISIEREN!
FÜR DIE SOZIALE REVOLUTION!

Konferenz gegen Krieg und Militarismus | 07. März, 13.00 Uhr, Desi

bundesweiter Aktionstag gegen Militarismus:
Agit-Prop Aktion | 14. März, 12.00 Uhr, Lorenzkirche
Demonstration | 14. März, 14.00, Weißer Turm

Blockaden & Großdemonstration | 03./04. April in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg

Am 3. Und 4. April 2009 treffen sich in Baden-Baden und Strasbourg die Regierenden der NATO-Staaten. Sie wollen den Geburtstag jener Organisation feiern, der sie die militärische Absicherung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht verdanken. Und sie planen dort die Zukunft der NATO, damit diese noch schlagkräftiger weltweit ihre Interessen kriegerisch durchsetzen kann.

Doch werden die Kriegstreiber der NATO ihren Gipfel nicht ungestört durchführen können, denn überall regt sich Widerstand gegen ihre Kriege, der an diesen Tagen in die Straßen Strasbourgs und Baden-Badens getragen wird. Auch hier in Nürnberg wird es Protest gegen die Kriegspolitik der NATO geben.

www.redside.tk

60 JAHRE NATO SIND GENUG!

GEGEN KAPITALISTISCHE KRIEGSPOLITIK!

KLASSENKAMPF GLOBALISIEREN!

KAPITALISMUS BEDEUTET KRIEG...

Kriege sind im Kapitalismus keine Ausnahme, sondern die Regel. Sie sind untrennbar verbunden mit einer Ökonomie, die auf der Konkurrenz von Nationen, Unternehmen und Individuen beruht.

Das Ziel kapitalistischer Ökonomie ist nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, sondern der Profit des Kapitals, um im Kampf der Konkurrenz bestehen zu können. Der Drang, neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erobern, treibt das Kapital immer weiter voran und hinterlässt eine Spur der Gewalt und Verwüstung. Durch Kolonialismus wurden ganze Kontinente unter die Kontrolle des Kapital gebracht - Millionen von Menschen geknechtet und ausgebeutet. Das Mittel dafür ist die Gewalt des Krieges und der Unterdrückung. Auch in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung ist diese mörderische Praxis der Garant für die Wahrung der Kapitalinteressen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Der Kampf der kapitalistischen Zentren und ihrer Kapitalfraktionen um die Aufteilung der Welt wird als Imperialismus bezeichnet. Imperialismus führt in den Krieg, da es dem Grundwesen des Imperialismus entspricht, seinen Machtbereich auszuweiten. Jedem imperialistischen Krieg liegt das Profitstreben zugrunde. Geostrategische Interessen sind nichts anderes als langfristige wirtschaftliche Interessen. Wesentliche Motive sind dabei die Sicherung oder Erschließung von Absatzmärkten, Produktionsstandorten, Rohstoffen, das Abstecken von Einflusssphären, die Disziplinierung oder das Ausschalten von hinderlichen Regierungen, politischen Systemen und Aufstandsbewegungen.

Kapitalistische Globalisierung und die neuen imperialen Kriege sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist der Versuch, die aus der Kapitalakkumulation entspringende Krise militärisch in den Griff zu kriegen ohne sie jemals lösen zu können.

Krisen gehören zum Kapitalismus und die Schaffung riesiger Schuldenblasen ist integraler Bestandteil des Neoliberalismus, der seit den 80er Jahren von den global dominierenden Staatsregierungen und den ökonomischen Eliten unter anderem in Form der Deregulierung von Kapital- und Finanzmärkten forciert wurde. Diese wesentlichen Aspekte der Globalisierung führen zu einer starken Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise treffen am härtesten die arme Bevölkerung des globalen Südens. Alle, die sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen im Zuge dieser Entwicklung wehren, sind zunehmend mit Repression und Militarisierung konfrontiert. Es ist durchaus nichts Neues, dass ein krisenhaftes kapitalistisches System sich durch Krieg am Laufen hält. Vom Kosovo über Palästina bis Bagdad und nach Kabul, von den Favelas der südlichen Megacities bis in die Banlieues und Ghettos der Metropolen erleben wir unter der Dominanz des Westens eine Ausdehnung des Militärischen in alle gesellschaftlichen Bereiche. Ein deutliches Beispiel dafür ist die militarisierte europäische Migrationspolitik, die aufs Engste mit der herrschenden Sicherheits- und Kriegspolitik verflochten ist.

All das ist verbunden mit einem massiven Angriff auf die „eigene" lohnabhängige Bevölkerung. Um die Profite der Reichen weiter zu steigern und auch die staatlichen Rüstungs- und Repressionsausgaben zu finanzieren müssen wir uns mit ständigen Einsparmaßnahmen und Steuererhöhungen herum ärgern. Unsere Rechte werden kontinuierlich eingeschränkt und die Repressionsapparate beständig ausgeweitet, um ihren Frieden im Land zu gewährleisten.

KAMPF DER NATO-KRIEGSPOLITIK!

Die NATO, ein militärisches Bündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten, besteht im Frühjahr 2009 seit 60 Jahren. Dieses Jubiläum soll am 3./4. April 2009 mit einem NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden gefeiert werden. Gegründet gegen die Sowjetunion, ist die NATO heute die zentrale imperialistische politisch-militärische Struktur.

Die NATO-Staaten sind für zahlreiche Kriege und Bürgerkriege verantwortlich. Diese reichen von Lateinamerika, Asien über Afrika zu den ehemaligen sozialistischen Staaten. 1999 führte die NATO einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Aktuell hat die NATO die Führung über die ISAF-Truppen in Afghanistan inne. Vorgeblich werden die immer zahlreicher werdenden militärischen Einsätze aus humanitären Gründen, für Demokratie und gegen den internationalen Terrorismus geführt. Tatsächlich geht es jedoch um ökonomische und politische Machtinteressen. Letztlich sind es in erster Linie geostrategische Überlegungen, die das Engagement der NATO-Staaten bestimmen. Die NATO verfolgt mit ihren Kriegseinsätzen und „zivil-militärischen" Projekten eine langfristige Strategie. Es geht den Mitgliedsstaaten vor allem um die weltweite Umstrukturierung im Sinne kapitalistischer Verwertungsinteressen und die Erschließung von Investitions- und Absatzmärkten für Unternehmen.

In Strasbourg sollen weitere Weichen gestellt werden, um die organisatorischen Bedingungen für einen kriegerischen Dauerzustand zu schaffen. Das Strategiepapier „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" soll neue NATO-Doktrin werden. So sollen Kriege zukünftig per Mehrheitsentscheidung beschlossen werden. Nur wer mitmacht, darf dann noch über Details bestimmen. Weitere Beispiele: Die NATO will ihre Kriege unabhängig von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates führen und sie plant die Aufstellung eines eigenen Raketensystems in Europa. Die neue Einsatzgrundlage sieht auch globale Militärinterventionen und Ersteinsatz von Atomwaffen gegen „Schurkenstaaten" vor. Sie dient der Aufrechterhaltung einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung und versucht dem Metropolenkapital die Kontrolle zu den Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern. In Zeiten, immer knapper werdender Rohstoffe, einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland sowie des steigenden Selbstbewusstseins in Regionen wie z.B. Lateinamerika wächst die Bedeutung dieser Strategie.

Dabei gewinnen die europäischen Regierungen in der NATO an Macht. Die EU marschiert zwar Seite an Seite mit den USA – aber als eigenständiger Faktor. Die NATO ist hierfür der zentrale Ort. Tatsächlich verfügen die USA über die derzeit mächtigste Militärmaschinerie. Sie sind es, die am offensten und aggressivsten zur Durchsetzung ihrer Interessen auf die militärische Option setzen können. Europa ist aber keine Alternative zur US-Kriegspolitik. Was in den 1980er Jahren mit strategischen Projekten begann - Europäischer Binnenmarkt, technologische Zusammenarbeit, Rüstungskooperation - könnte im Jahre 2010 seinen vorläufigen Abschluss finden: Europa soll bis dahin zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Um dies auch militärisch abzusichern arbeitet die Berliner Koalition aus CDU/CSU und SPD mit ihren Verbündeten beständig daran, bis 2010 bewaffnete EU-Einheiten aufzustellen. Diese sollen zur Durchsetzung von EU-Interessen in alle Welt entsendet werden.

Es ist also kein Zufall, dass der Jubiläumsgipfel in Deutschland und Frankreich stattfindet. Frankreich wird wieder Teil der militärischen Struktur der NATO sein und Deutschland ist mittlerweile bereit, sich an jedem Krieg zu beteiligen. Die Bundeswehr hat in den letzten 15 Jahren die Transformation zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee vollzogen. Sie hat dafür ihre Strukturen verändert und sie ist dabei, sich das notwendige Gerät zu beschaffen. Wer also die NATO kritisiert, muss in Deutschland von der Bundeswehr reden.

DEUTSCHLAND IST IM KRIEG

Aggressiv nach Außen und Innen präsentiert sich Deutschland heute an der Seite seiner NATO-Partner. Deutschland ist ein Hauptakteur der zunehmenden weltweiten Militärinterventionen. Mit der wachsenden Konkurrenz um Rohstoffe, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte wächst die Bereitschaft der großen kapitalistischen Staaten und ihrer Bündnisse, ihre Interessen weltweit mit Gewalt durchzusetzen. Und die BRD ist da selbstverständlich keine Ausnahme. Kriegseinsätze gehören mittlerweile zum Alltag. Aktuell befinden sich insgesamt ca. 7000 deutsche Soldatinnen und Soldaten vom Balkan über Djibouti, den Sudan, Libanon, Georgien bis Afghanistan in zehn Auslandseinsätzen auf drei Kontinenten.

Von der humanitären Begründung des seit 2001 andauernden Krieges in Afghanistan ist nicht viel übrig geblieben. Kein Wunder. Denn worum es in Wirklichkeit ging und geht bringen die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" der Bundeswehr auf den Punkt: Die Wahrung und Durchsetzung der „legitimen nationalen Interessen" Deutschlands. Hierzu zählt auch die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" und die „Einflussnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft".

Mit dem Afghanistan-Einsatz etabliert sich die Bundeswehr als globaler Akteur. Denn das Land ist von enormer strategischer Bedeutung gegenüber dem Nahen Osten, Russland und China. So ist von hier aus die Kontrolle über die Öl- und Gasfelder am Persischen Golf und in Zentralasien möglich. Das Ergebnis von mehreren Jahren Krieg ist ein zerstörtes Land, in dem Armut, Hunger und Kriminalität ein unerträgliches Ausmaß erreicht haben. Bei Bombardierungen und Schießereien sterben täglich Zivilisten. Nur eine kleine wohlhabende Schicht profitiert von der Besatzung.

Auch nach innen schreitet die Militarisierung voran. Angesichts zunehmender Krisen und Verelendung werden die Rufe reaktionärer Politiker, endlich gesetzliche Grundlagen für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, also gegen die eigene Bevölkerung, zu schaffen, immer lauter.

Vom Zivilschutz über die Kontrolle von Verkehrswegen bis hin zum Abschuss von Zivilflugzeugen sollen die Befugnisse reichen. So war der Bundeswehreinsatz zum G8-Gipfel 2008 gegen DemonstrantInnen nur ein Test für kommende Aufgaben, z.B. bei der Durchsetzung von Demonstrationsverboten.

KEIN FRIEDEN MIT DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

Die kapitalistische Konkurrenz um Ressourcen und Märkte führt in ihrer Konsequenz zu Kriegen. Das war in der Vergangenheit so, ist heute Fakt und wird auch in Zukunft so sein. Dauerhaften und weltweiten Frieden wird es erst geben, wenn die Ursachen des Krieges beseitigt sind, wenn das System beseitigt ist, das ständig und notwendigerweise Kriege hervorbringt. Alle, die Frieden wünschen, können nur auf den Klassenkampf zur Überwindung der Ursachen von Krieg setzen.

Unser Kampf richtet sich nicht speziell gegen besondere Interessen und Ambitionen der Herrschenden in den USA, Deutschland oder sonstwo, sondern gegen den Imperialismus schlechthin. Eine konsequente Antikriegsbewegung kann nicht für Teile des imperialistischen Systems gegen andere Teile Partei nehmen. Wir werden nicht die Interessen eines nationalen Kapitals gegen die eines anderen verteidigen wollen. Wir kämpfen für unsere Interessen – die der Lohnabhängigen aller Länder. Unser Standpunkt muss also der proletarische Internationalismus sein, nur so vermeidet man es, von imperialistischen oder sonstigen reaktionären Interessen instrumentalisiert zu werden. Die Aktionen gegen imperialistische Kriege und die NATO können schon von der Sache her nur eine internationale sein. In Zeiten der kapitalistischen Globalisierung müssen Klassenkämpfe mehr denn je internationalistisch geführt werden. Dies ist heute nicht nur wünschenswerte Ideologie sondern notwendige Praxis beim aktuellen Stand des international agierenden Kapitals.

Internationalismus und Antimilitarismus sind elementare Bestandteile der radikalen Linken. Der rote Faden der Bewegungsgeschichte zieht sich von der Anti-Atomwaffenbewegung über die Vietnamsolidarität über die Anti-NATO-Kampagne der 1980ger Jahre und den weltweiten Massendemonstrationen 2003 gegen den Irak-Krieg bis nach Strasbourg 2009. Der NATO-Gipfel in Strasbourg und die jährliche Münchener „Sicherheitskonferenz" werden Kristallisationspunkte einer starken antimilitaristischen Gegenmobilisierung und an die Erfahrungen der Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Rostock und Heiligendamm anknüpfen.

Regionale Anknüpfungspunkte gibt es in Mittelfranken jede Menge: z.B. die US- und Bundeswehrstandorte in Grafenwöhr, Ansbach und Roth. Oder den Nürnberger Flughafen, der im Irakkrieg als Drehkreuz für US-Truppen genutzt wurde. Auch der milliardenschwere Konzern DIEHL, der ein Drittel seines Umsatzes mit der Rüstungsindustrie macht, hat seinen Hauptsitz in Nürnberg. Mit Lenkflugkörpern, Artillerieraketen, Streubomben und anderem Kriegsgerät macht er blendende Profite und ist einer der wichtigsten Ausrüster von Bundeswehr und NATO-Armeen auf der ganzen Welt.

Wie auch in der Vergangenheit muss sich der Widerstand gegen Kriege und seine Ursachen genau an diesen Punkten zeigen. Sei es der Protest von Ansbacher BürgerInnen gegen den geplanten Ausbau des U.S. Heliport oder die Gegenaktionen zum öffentlichen Gelöbnis vergangenes Jahr in Nürnberg.

Es muss klar sein, dass es keine Militarisierung der Öffentlichkeit ohne unseren Protest geben wird. Öffentliche Gelöbnisse gehören gestört, genauso wie Bundeswehr-Rekrutierungsveranstaltungen auf Arbeitsämtern oder an Schulen.

Wir müssen unsere Solidarität mit Deserteuren und Totalverweigerern öffentlich machen und diese in ihrem Handeln unterstützen.

Der Kriminalisierung von AntimilitaristInnen müssen wir entschieden entgegentreten wie z.B. bei dem Prozess von Axel, Florian und Oliver. Sie stehen als Terroristen vor Gericht, da sie angeblich Mitglieder der militanten gruppe (mg) sein sollen die Anschläge gegen Militäreinrichtungen verübt hat.

Es reicht nicht aus, dass wir die kapitalistische Kriegspolitik ablehnen und uns gegen die Kriegseinsätze in Afghanistan oder dem Irak aussprechen. Es reicht nicht aus, dass wir gegen den Krieg sind, wir müssen aktiv werden und dafür kämpfen, dass die Kriegspolitik beendet wird. Wir müssen gesellschaftlichen Druck aufbauen, den Mächtigen in den Hintern treten und ihnen vor Augen führen, dass ihre Kriegspolitik isoliert ist und sie auch an der Heimatfront mit heftigem Widerstand zu rechnen haben.

GEGEN IHREN KRIEG SETZEN WIR NICHT IHREN FRIEDEN, SONDERN DIE SOZIALE REVOLUTION FÜR EINE BEFREITE GESELLSCHAFT.

FÜR EINE ANTIMILITARISTISCHE UND INTERNATIONALISTISCHE BEWEGUNG!

AUF NACH STRASBOURG!

Kein Kapitalismus - Kein Krieg - 60 Jahre NATO sind genug!
07. März,13 Uhr, **Konferenz** gegen Krieg und Militarismus in der Desi

Vom 3. bis 4. April treffen sich politisch und militärisch Verantwortliche aus den an der NATO beteiligten kapitalistischen Staaten zu einer Tagung in Strasbourg. Neben Diskussionen über militärische und geopolitische Strategien, neben Absprachen über gegenwärtige und zukünftige Kriege zur Sicherung von Profiten, stehen im Rahmen der Tagung Feierlichkeiten zum sechzigsten Jubiläum der NATO auf der Tagesordnung.
Europaweit ruft die Antikriegsbewegung zu Protesten gegen diese NATO-Kriegstagung in Strasbourg auf. Geplant ist eine Demonstration, Blockaden des Veranstaltungsortes und zahlreiche weitere Aktivitäten.
Grund genug im Vorfeld der Ereignisse im Rahmen einer Konferenz der zunehmenden Militarisierung der Politik, der Kriegspolitik kapitalistischer Staaten und den Ursachen für Militärinterventionen und Kriege inhaltlich auf den Grund zu gehen. In drei aufeinander folgenden Themenblöcken wird die Thematik untersucht und diskutiert.

13.00 Uhr, Begrüßung und Einleitung

13.30 Uhr, 1. Block (ca. 60 min.): Wozu sind Kriege da?
Der Kapitalismus seine Krisen und Kriege - Imperialismus und die herrschende Weltordnung
mit: Peter Decker, Redaktion GegenStandpunkt

15.00 Uhr, 2. Block (ca. 60 min.): Was ist die NATO?
Geschichte, Funktion, Strategien und Praxis eines Kriegspaktes
mit: Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung (IMI) Tübingen

16.30 Uhr, 3. Block (ca. 60 min.): Wie sieht die deutsche Kriegspolitik aus?
Welche Rolle spielt Nürnberg und Mittelfranken als Militärstandort? Militarisierung der deutschen Politik, Bundeswehreinsätze und antimilitaristischer Widerstand in der BRD und Ansatzpunkte lokaler Aktivitäten.
mit: Rote Aktion Kornstraße Hannover und Ewald Ziegler, Nürnberger Friedensforum.

18.00 Uhr, Pause mit Volxküchen-Essen

19:30 Uhr, Podiumsveranstaltung zu den Aktionen gegen Krieg und den NATO-Gipfel 2009:
„Antimilitaristische Praxis - der Kampf gegen die Kriegspolitik"
mit: Einem Deserteur der Iraq Veterans Against the War, Libertad Frankfurt, regionales Bündnis „Resistance des deux rives / Widerstand der zwei Ufer" Baden-Baden/ Strasbourg und Bündnis für die Einstellung des §129a-Verfahrens gegen Antimilitaristen Berlin

22:30 Uhr, Desi
Party mit: Impulse-DJ-Team, amplified.attitude, Kampfansage mit DJ Rehnade und Freundin.

Aktuelle Informationen zur Konferenz, den ReferentInnen und dem Begleitprogramm: unter www.redside.tk

Veranstalterin: organisierte autonomie (OA)

Sa., 7. März | 13 Uhr, Desi, Brückenstr. 23, Nbg.
Konferenz gegen Krieg und Militarismus

Sa., 7. März | 19.30 Uhr, Desi, Brückenstr. 23, Nbg.
Podiumsveranstaltung zu den Aktionen gegen Krieg und den NATO-Gipfel 2009 „Antimilitaristische Praxis - der Kampf gegen die Kriegspolitik"

Sa., 14. März | 12 Uhr, Lorenzkirche, Nbg.
Agit-Prop-Aktion „Gegen kapitalistische Kriegspolitik"

Sa., 14. März | 14 Uhr, Weißer Turm, Nbg.
DEMO „Krieg ist kein Grund zum Feiern! Nato abschaffen! Für eine Welt jenseits von Krieg und Kapitalismus…"

Fr., 03. April | Baden-Baden, Kehl
Aktionen & Blockaden gegen den NATO-Gipfel

Sa., 04. April | 13.00 Uhr, Strasbourg
Blockaden und Internationale Großdemonstration „Make NATO History"

Weitere Informationen unter:
www.redside.tk
www.no-to-nato.org
www.dazwischengehen.org
www.imi-online.de
www.natofeier.angreifen.org

V.i.S.d.P.: S.Reicht, Badstr.4,Nbg.